

Das Scheitern einer Präsidentin

Sri Lanka kann sich weiterhin nicht auf einen neuen Verfassungsentwurf einigen

von Walter Keller

"Was sich da abspielte, war entwürdigend", heißt es in einem Kommentar der in Colombo erscheinenden "Sunday Times". Und tatsächlich hat es wohl in Sri Lanka eine ähnliche Parlamentssitzung seit der Unabhängigkeit des Landes 1948 noch nicht gegeben. Da wechselten am 8. August während der Debatte Abgeordnete der oppositionellen "United National Party" (UNP) das politische Lager und fanden, unter wüsten Beschimpfungen ihrer ehemaligen Parteikollegen, Platz auf den Bänken der Regierungskoalition. Von den neuen Kollegen wurden sie sodann stürmisch begrüßt, umarmt, geherzt, ja sogar geküsst — so einfach funktioniert politische Fahnenflucht in Sri Lanka.

Hintergrund für den deftigen Streit

und das Possenspiel waren die Inhalte eines neuen Verfassungsentwurfs, den die Regierungskoalition "People Alliance" (PA) zur Abstimmung eingebracht hatte, vor allem die Passagen, die der tamilischen Minderheit im Land zukünftig mehr Mitsprache und politische Unabhängigkeit vom Zentrum zugestehen sollen. "Dezentralisierung der Macht" ist das Stichwort, dass auch die Bevölkerung der Inselrepublik seit langem in verschiedene Lager spaltet.

Zur Annahme der neuen Verfassung durch das Parlament hätte es einer zwei Drittel Mehrheit bedurft, die von der Regierungskoalition selber nicht aufgebracht werden konnte. Präsidentin Kumaratunga hatte deshalb insgeheim auf einige Stimmen aus der Opposition ge-

hofft und schon vor Wochen mehr direkt als indirekt begonnen, Abgeordnete der oppositionellen "United National Party" (UNP) zu einem Parteiwechsel zu animieren und bei der entscheidenden Parlamentssitzung am 8. August mit ihren Stimmen die Annahme der neuen Verfassung zu garantieren. Tatsächlich verliessen einige Parlamentarier die UNP und wechselten ins Regierungslager, darunter auch der ehemalige Finanzminister Ronnie de Mel, der dafür gleich mit einem Ministerposten belohnt wurde. Aber auch in die andere Richtung gab es Überläufer wie den Abgeordneten Jayasena Rajakaruna, der sogar noch mit S.W.R.D. Bandaranaike, dem Vater der jetzigen Präsidentin, Politik gemacht hatte. Zugeständnisse an die



Im laufenden Wahlkampf, der in vielen Gebieten des Landes mit Ausschreitungen und Gewalt verbunden ist, ist der neue Verfassungsentwurf das große Thema (Foto: Walter Keller)

tamilische Minderheit sind für ihn nicht nötig. "Es existiert kein Minderheitenproblem in Sri Lanka. Wir haben vielmehr ein Problem mit Terroristen", glaubt er und hebt damit auf die "Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE) ab, die sich für einen unabhängigen Tamilenstaat auf der Insel einsetzen.

Überläufer in der Politik des Inselstaates sind eigentlich nichts ungewöhnliches, diesmal soll jedoch viel Geld im Spiel gewesen sein. Das glauben zumindest politische Beobachter. Trotzdem musste die Regierung ihre Vorschläge zurückziehen nachdem sich während der Parlamentsdebatte abzeichnete, dass trotz Überläufer und politischem Taktieren keine Mehrheit für die Regierungseingabe zu erzielen sein würde. Eine schwere Niederlage für die Regierung Kumaratunga, die noch während der laufenden Legislaturperiode die neue Verfassung unter "Dach und Fach" bringen wollte. Jetzt soll nach den Vorstellungen der amtierenden Präsidentin das neue Parlament - Wahlen werden am 10. Oktober stattfinden - erst einmal in eine verfassungsgebende Versammlung umgewandelt werden, weil dann für die Annahme der neuen Verfassung bereits die einfache Mehrheit ausreichen würde. Anschließend soll dann die Bevölkerung durch ein Plebiszit ihr Votum für das neue Grundgesetz abgeben. Um diesen geschickten Schachzug durchführen zu können, müßte die Regierung erst einmal im Amt bestätigt werden. Und die Chancen für die "Peoples Alliance" stehen derzeit ebenso schlecht wie die Annahme der neuen Verfassung durch einen Volksentscheid.

Wachsende Militanz in der sinhalesischen Bevölkerung

Vor allem innerhalb der sinhalesischen Mehrheitsbevölkerung macht sich zunehmend Unmut über die Art und Weise breit, wie die Regierung versucht, die sogenannte "Nationale Frage", sprich den Sinhalesen-Tamilen-Konflikt, zu lösen. Immer mehr sinhalesisch-chauvinistische Gruppierungen und Parteien, wie die vor kurzem gegründete "Sihala Urumaya", laufen Sturm gegen die in der neuen Verfassung verankerten Zugeständnisse an die tamilische Minderheit. Gerade die sinhalesischen Chauvinisten haben die Stimmung im Land während der letzten Wochen extrem angeheizt. Mit teilweise gewalttätigen Straßenprotesten, Sitz- und Hungerstreiks haben sie immer wieder auf die "Gefahren" aufmerksam gemacht, die eine neue Verfassung mit den darin festgeschriebenen Rechten für Tamilen hätte. Dabei werden sie unterstützt von vielen buddhistischen Mönchen, die sich

in der Geschichte des Landes schon immer als Speerspitze beim Kampf gegen Zugeständnisse an Tamilen sahen. Sie basieren ihren Protest auf einem diffusen Mix aus sinhalesisch-buddhistischem Herrschaftsdenken ("Sinhalesen waren die ersten, die sich auf der Insel niederließen") und Ängsten, ein föderales Staatskonzept sei der Beginn der Teilung des Landes und ein großer Schritt hin zur Etablierung von Tamil Eelam, dem unabhängigen Tamilenstaat in den Nordost-Gebieten der Insel. Allein der Gedanke an ein Konzept von "power-sharing", der Teilung der Macht zwischen den im Land lebenden ethnischen Gruppen, löst bei ihnen schon hysterische Reaktionen aus. Von der Diskriminierung der tamilischen Minderheit wollen sie nichts wissen — es seien eher die Sinhalesen, mit ihrem 70prozentigen Anteil an der Gesamtbevölkerung, denen gerade während der langen holländischen, portugiesischen und britischen Kolonialzeit schlimmes Unheil widerfahren sei und die noch keinen adäquaten

Ausgleich für die ihnen zugefügten Ungerechtigkeiten erfahren hätten. Natürlich wurden Tamilen, gerade von den Briten im Zusammenhang mit ihrer "divide et impera-Politik", oftmals Sinhalesen gegenüber bevorzugt. So hielten sie auch nach der Unabhängigkeit des Landes noch lange einen überproportionalen Anteil an Stellen im öffentlichen Dienst. Seit Mitte der 50er Jahre, als S.W.R.D. Bandaranaike mit seiner "Sinhala Only"-Politik begann, hat sich nicht nur dieser Vorteil ins Gegenteil verkehrt. Heute beträgt der Anteil der tamilischen Bevölkerung an Stellen in der öffentlichen Verwaltung bei einem Gesamtbevölkerungsanteil von etwa 13 Prozent nur noch ganze zwei Prozent und innerhalb des Militärs ist ihr Anteil prozentual schon nicht mehr meßbar. "Natürlich gibt es auch einige progressive Mönche die versuchen, eine moderne, nach vorne gerichtete und demokratische Orientierung innerhalb des buddhistischen Klerus zu erreichen. Aber es sind die einflußreichen Mönche,



Immer wieder ist es der buddhistische Klerus, der sich Zugeständnissen an die tamilische Minderheit widersetzt (Foto: Walter Keller)



Die Tamilen Jaffnas wollen mehr Autonomie. Aber die Regierung tut sich weiterhin schwer (Foto: Walter Keller)

die keinerlei Reformen zulassen", schreibt das wissenschaftliche Magazin "Pravada" in seiner neuesten Ausgabe.

Auch Tamilen unzufrieden

Auf der anderen Seite stehen die Bedenken der tamilischen Bevölkerung und ihrer gemäßigten Politiker wie auch der LTTE gegen die neue Verfassung. D.B.S. Jeyaraj, selber Tamile und bekannter srilankischer Journalist weiß, daß man der Minderheit kein schlechtes Produkt verkaufen kann. "Tamilen sind sehr kritisch und sie wissen, welches Produkt gut ist und welches nicht. Aber viele Menschen und vor allem die sinhalaischen Politiker im Süden haben das immer noch nicht verstanden". Jeyaraj hebt mit seiner Bemerkung auf die Passagen der neuen Verfassung ab, die sich auf die zukünftige Form des Zusammenlebens der Völker Sri Lankas, vor allem Tamilen und Sinhalaisen, beziehen. Diese Passagen seien seit dem Regierungswechsel von 1994 und dem Machtantritt von Chandrika Kumaratunga immer wieder diskutiert worden. Aber in den letzten zwei Jahren seien sie aufgrund des Drucks aus der sinhalaischen Bevölkerung, den chauvinistischen Organisationen und des buddhistischen Klerus immer mehr verwässert worden. "Die Regierung hat einen Teil der ursprünglich gemachten Zusagen zurückgenommen und so dem Protest aus sinhalaischer Richtung entsprochen", kritisiert der Journalist. Zum Schluss seien dann Elemente übergeblieben, die nicht nur von der LTTE sondern auch den gemäßigten tamilischen Parteien als "bei

weitem nicht ausreichend" abgelehnt wurden. "Tamilen geht es vor allem um die Anerkennung der Gebiete im Norden und Osten als "traditionelle Heimatgebiete", wo sie eine größere Unabhängigkeit von Colombo garantiert wissen wollen. Außerdem streben sie den Status einer "Nation", verbunden mit dem Recht auf Selbstbestimmung, für das tamilische Volk an. Aber alle diese Forderungen werden von dem neuen Verfassungsentwurf nicht berücksichtigt".

In der aktuellen politisch-militärischen Gemengelage werden selbst bisher gemäßigte tamilische Politiker wie der Parlamentarier Joseph Pararajasingham von der "Tamil United Liberation Front" (TULF) zu Verfechtern der Strategie der LTTE. "Mir erscheint der Kampf der LTTE für die Anerkennung der Rechte der Tamilen gerechtfertigt. Wenn es auf Seiten der sinhalaischen Bevölkerung und der Politik nicht bald zu einem Umdenken kommt, dann müssen sich wohl alle tamilischen Parteien der Strategie der LTTE anschließen". Das sind harte Worte des Abgeordneten, der Fraktionsführer der TULF im Parlament ist, die womöglich noch ein Nachspiel für ihn haben könnten.

Um eine Situation zu vermeiden, wo die bisher zerstrittenen tamilischen Parteien und Organisationen an einem Strang ziehen und sich der militanten Vorgehensweise der LTTE anschließen könnten, appelliert das "National Peace Council" (NPC) an alle Beteiligten, die nächsten Wochen zu nutzen, um nicht das Chaos noch größer werden zu lassen und doch noch einen Konsens bei der Diskussion um die neue Verfassung zu

erreichen. "Der Verfassungsentwurf wurde in einer Zeit erarbeitet, die von einem wachsenden ethnischen Konflikt, der Polarisierung der Gesellschaft, der Erosion demokratischer Werte und einer Kriegssituation in einigen Landesteilen geprägt ist", heisst es in einer Presseerklärung Mitte August. Es müsse alles getan werden, um die extrem angespannte Lage nicht entgleisen zu lassen. Dazu gehöre auch die Zurückhaltung aller politischer Parteien in Zusammenhang mit Äußerungen bezüglich der "Nationalen Frage" im jetzt beginnenden Parlamentswahlkampf.

Politik versus Militanz

In den letzten Tagen kam es bereits wieder zu größeren militärischen Kämpfen auf der Jaffna Halbinsel, nachdem die letzten Wochen von einer Art Patt-situation gekennzeichnet waren. Beide Seiten hatten sich während dieser Zeit offenbar bereits auf neue Kämpfe vorbereitet (siehe dazu auch den Beitrag von Oskar Flück in dieser Ausgabe). Die Regierung hat nach den blamablen Niederlagen der letzten Monate und dem Verlust weiter Gebiete im Vanni, am Elephant Pass und auf der Jaffna-Halbinsel an die LTTE alles gekauft, was zu kaufen war. So wurden neue Waffensysteme für die Armee angeschafft, die Luftwaffe wurde mit israelischen Kfir- und russischen MIG-27-Kampfbombern verstärkt. Zur Finanzierung der Käufe wurden zwei Nachtragshaushalte vom Parlament mit seiner "Peoples Alliance"-Mehrheit genehmigt. Stand der alte Etat bereits bei 41 Milliarden Rupien, so

wurde er im April und August um weitere 26 bzw. 28 Milliarden aufgestockt. Damit werden von der Regierung im laufenden Haushaltsjahr umgerechnet gut zwei Milliarden Franken für Verteidigung ausgegeben. Die meisten Waffen kommen aus Israel, womit Sri Lanka seit kurzem wieder diplomatische Beziehungen unterhält, aber auch Tschechien, die Ukraine und Südafrika liefern an den Inselstaat. Seit neuestem ist wohl auch Indien bereit, militärische Ausrüstung an den Nachbarn zu liefern. Für die srilankische Marine soll ein Patrouillenschiff bereitgestellt werden, damit die Küstengewässer effizienter überwacht und Waffenlieferungen der LTTE über den Seeweg aufgespürt werden können.

Ob dieser "deal" jedoch das indische Parlament passieren wird, ist derzeit noch fraglich. Zu groß könnte die Opposition gegen solche Geschäfte mit dem Nachbarn vor allem aus dem Süden Indiens sein. Hier hat sich gerade in den letzten Monaten wieder mehr Sympathie für die Belange der tamilischen "Brüder und Schwestern" in Sri Lanka breitgemacht. Einige kleinere tamilisch-nationalistische Parteien wie die "Marumalarchi Dravida Munnetra Kazagam" (MDMK) oder die "Pattli Mak-

kal Katchi" (PMK) fordern sogar offen die Unterstützung der LTTE — die in Indien immerhin als terroristische Vereinigung verboten ist - zur Etablierung eines Tamilenstaates auf der Insel. PMK-Führer S. Ramadoss sieht darin die einzige Lösung des Problems. "Tamilen und Sinhalesen können nicht mehr länger zusammenleben". Solche Äußerungen bedürften keiner Erwähnung, wären nicht die beiden Parteien Mitglied der großen Regierungskoalition auf Unionsebene, der "National Democratic Alliance" (NDA). Die mit Abstand wichtigste Partei innerhalb dieser Koalition, die "Bharatiya Janata Party" (BJP) hat bisher versucht, das brüchige Bündnis nicht an der "Sri Lanka Frage" scheitern zu lassen.

Wie geht es weiter?

Alle Entwicklungen sprechen derzeit nicht für eine Lösung der zahlreichen Probleme, die Sri Lanka, "Perle im indischen Ozean", immer tiefer dem Abgrund zusteuern lassen. Dass die Ergebnisse der Parlamentswahlen daran etwas zu ändern vermögen, ist kaum vorstellbar, obwohl der jetzige Oppositionsführer der "United National

Party", Ranil Wickremesinhe, die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit der LTTE ankündigte, sollte seine Partei die Wahlen gewinnen. Beobachter gehen davon aus, dass die Gräben zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen immer größer werden und der Konflikt zukünftig weiter eskaliert. Ob mehr Druck aus dem Ausland daran etwas ändern kann, bleibt unklar. Norwegische Vermittlungsversuche, die seit Monaten die beiden Streitparteien, die srilankische Regierung sowie die LTTE, zu Gesprächen bewegen wollen, liegen offenbar derzeit auf Eis. Auch gegen "diese Einmischung" aus dem Ausland demonstrieren übrigens sinhalesische "hardliner" — selbst norwegische nichtstaatliche Hilfsorganisationen können nicht mehr unbehelligt in Sri Lanka arbeiten. Kürzlich wurde auf das Büro des norwegischen Zweigs von "Save the Children" ein Bombenanschlag verübt. Für die sinhalesischen Chauvinisten ist Norwegen so etwas wie das Reich des Bösen. "Eigentlich stehen die nur auf Seiten der Tamilen und sähen nichts lieber als die Schaffung eines Tamilenstaates auf unserer Insel".

Eine neue Verfassung muß auch für Minderheiten akzeptabel sein

Seit der gut 50-jährigen Geschichte Srilankas seit der Unabhängigkeit 1948 handelt es sich bei dem nunmehr vorgelegten Text um den Entwurf zur vierten Verfassung nach denen von 1948, 1972 und 1978. In der langen Geschichte des Sinhalesen-Tamilen-Konflikts hat sich die Landfrage neben zahlreichen anderen Fragen wie Bildungshoheit oder Sprachpolitik als wichtigster Einzelaspekt einer per Verfassung neu zu definierenden Regelung mit mehr Gerechtigkeit für die tamilische Bevölkerungsminderheit herauskristallisiert. Der neue Verfassungsentwurf der Kumaratunga-Regierung läßt jedoch nicht den geringsten Zweifel daran aufkommen, daß weder am Prinzip des Zentralstaats noch an dem der territorialen Unverletzlichkeit gerüttelt werden darf.

Anders als bei der LTTE, die immer wieder betont, sie kämpfe für die Loslösung der von Tamilen "traditionell besiedelten" Landesteile im Norden und Osten der Insel und für die Etablierung eines eigenen Tamilenstaates, wären gemäßigte Tamilen bereits einverstanden, wenn die derzeitige Nord- mit der Ostprovinz zu einer zusammengelegten politisch-administrativen Einheit verschmolzen würde. Für eine solche neu zu schaffende Provinz fordern sie mehr Autonomie und einen entsprechenden Grad

von Selbstverwaltungskompetenzen.

Im Zusammenhang mit der Frage einer permanenten politisch-administrativen Zusammenlegung der Nordprovinz - diese ist fast ausschließlich von Tamilen besiedelt - mit der Ostprovinz - durch staatlich geförderte Kolonisierungsprogramme seit der Unabhängigkeit beträgt der Anteil der dort lebenden Tamilen nur noch etwa 40 Prozent - geht der Verfassungsentwurf der Regierung davon aus, eine zusammengelegte Nord-Ost-Provinz nur für einen Zeitraum von fünf Jahren zuzulassen. Danach soll das Ergebnis einer Befragung (Referendum) im ethnisch gemischten Osten (hier leben außer Tamilen auch noch Sinhalesen und Muslime) letztendlich über den endgültigen Status dieser Region und ihrem Verbleib in einem Nord-Ost-Verbund entscheiden.

Das geplante Referendum sehen Tamilen wiederum als Desavouierung ihrer eigenen Forderungen an. Bei einem Anteil sinhalesischer und muslimischer Bevölkerung von etwa 60 Prozent sei natürlich absehbar, daß sich vermutlich die Mehrheit dieser beiden Bevölkerungsgruppen gegen die permanente Zusammenlegung der Nord- mit der Ostprovinz entscheiden würden, heißt es. Man sei als Alternative zu einem unabhängigen Tamilenstaat jedoch nicht von einem Ab-

rücken der Forderung nach der Zusammenlegung der "traditionellen Siedlungsgebiete" der Tamilen bereit.

Kritiker der Regierung Kumaratunga glauben in diesem Zusammenhang, daß die Erarbeitung akzeptabler Vorschläge gar nicht das Ziel des Unternehmens "neue Verfassung" gewesen sei. Vielmehr sei die Verfassungsreform nur Teil einer Doppelstrategie zur Vernichtung des Gegners, genauer der LTTE, und zwar mit politischen und militärischen Mitteln. Dabei schäle sich zunehmend die militärische Lösung als prioritär im Denken der Colombo Politiker heraus.

Auch ausländische Beobachter wie Prof. John P. Neelsen, Soziologe an der Universität Tübingen glauben, dass die sinhalesisch-politische Klasse zu einer Akkomodation der tamilischen Interessen nicht bereit sei. Sie kenne nur die eigene Privilegierung auf Kosten der Unterwerfung und Diskriminierung der Minderheitenangehörigen. Ihr gehe es allein um Machterhalt mit allen Mitteln. "Ein Ende des Bürgerkriegs auf Sri Lanka wird es erst geben, wenn die sinhalesische politische Klasse die militärische Unterwerfung der Tamilen für nicht erreichbar und zugleich die Kosten des Krieges für höher einschätzt als eine mögliche Verhandlungslösung."

Walter Keller